

Politische Diskurse über den Klimawandel im Deutschen Bundestag

Zur dynamischen Entwicklung der parteipolitischen Beteiligung
und der Häufigkeit der Thematisierung des Klimawandels in
parlamentarischen Redebeiträgen im Zeitraum von 1949 bis 2021

Ines C. Welzenbach-Vogel und Berend Barkela (Rheinland-Pfälzische Technische Universität
Kaiserslautern-Landau)

Abstract *This article examines the development of parliamentary discourses on climate change in the German Bundestag between 1949 and 2021. Using the GermaParl corpus of digitized plenary protocols (Blaethe 2025), climate-related speeches were identified through a keyword-based approach and analyzed by legislative period and party affiliation. The study aimed at tracing the temporal evolution of climate change as a parliamentary issue and at assessing the contribution of political parties to these debates. The findings indicate that climate change did not emerge as a substantive political topic in the Bundestag until the late 1970s, with earlier references being largely metaphorical descriptions of political East-West relations. From the 1980s onward, climate change became an established subject of parliamentary debate, however characterized not by steady growth but rather by distinct, event-driven peaks. These phases align with developments in climate science, international climate politics, and public discourse. With regard to party-political terms, early debates were dominated by the CDU/CSU and the SPD, while The Greens increasingly shaped parliamentary climate discourse from the late 1980s onward.*

Keywords *climate change, climate crisis, German Bundestag, longitudinal analysis, parliamentary discourse, political parties*

Schlagworte *Deutscher Bundestag, Klimakrise, Klimawandel, Längsschnittanalyse, parlamentarische Debatten, politische Parteien*

1 Einleitung

Der Klimawandel stellt eine der größten Herausforderungen für die Gegenwart und Zukunft der Menschheit dar: Laut dem sechsten Sachstandsbericht (AR6) des Weltklimarats (International Panel on Climate Change, kurz: IPCC) aus dem Jahr 2023 lag die globale Oberflächentemperatur zwischen 2011 und 2020 um etwa $1,1^{\circ}\text{C}$ über dem Wert von 1850 bis 1900. Seit den 1970er Jahren ist die globale Oberflächentemperatur schneller als in jedem anderen 50-Jahres-Zeitraum der letzten 2.000 Jahre gestiegen (IPCC 2023, 42). Die beobachtete globale Erwärmung lässt sich dabei eindeutig auf menschliche Aktivitäten zurückführen: Insbesondere Treibhausgasemissionen im Zusammenhang mit Energieversorgung, Industrie, Transport und Mobilität, Landwirtschaft und der Produktion fossiler Brennstoffe tragen laut dem 15. Emissions Gap Report des Umweltprogramms der Vereinten Nationen (UNEP) maßgeblich zur globalen Erwärmung bei (UNEP 2024, XII). Angefangen von Extremwetterereignissen wie Hitzewellen, Starkniederschläge und Stürme, die in ihrer Häufigkeit und Intensität immer mehr zunehmen, über das Abschmelzen von Gletschern und des Eises in den Polarregionen bis hin zu erheblichen Biodiversitätsverlusten sind Auswirkungen des Klimawandels bereits jetzt deutlich spürbar (IPCC 2023, 46–51). Der Klimawandel ist dabei längst nicht mehr nur »ein Naturschutzthema« (Santarius 2007, 20), denn abgesehen von den genannten ökologischen Schäden hat er darüber hinaus weitreichende negative gesundheitliche, soziale und ökonomische Auswirkungen (Carleton und Hsiang 2016, aad9837–4; IPCC 2023, 49). Allerdings sind die Ursachen und Folgen des Klimawandels global und sozioökonomisch extrem ungleich verteilt: So sind die Mitgliedstaaten der G20 für 77 Prozent der Treibhausgasemissionen weltweit verantwortlich; 63 Prozent der weltweiten Treibhausgasemission gehen dabei auf China, die USA, Indien, die EU, die Russische Föderation und Brasilien zurück (UNEP 2024, XIII; siehe auch IPCC 2023, 45). Von den Folgen des Klimawandels sind hingegen insbesondere die Länder des Globalen Südens sowie einkommensschwache Bevölkerungsgruppen am stärksten betroffen, beispielsweise durch Ernteausfälle, Verlust von Trinkwasserverfügbarkeit, Verbreitung von Krankheiten, Zerstörung von Lebensräumen und Infrastruktur (IPCC 2023, 48–49). Auch wenn laut Arno Kleber und Jana Richter-Krautz (2022, 92) verschiedene Prognosemodelle zur Höhe des Temperaturanstiegs, zum Verlauf des Klimawandels und zu Kipppunkten (Tipping Points) aktuell kontrovers diskutiert werden, ist dennoch klar, dass ein Umdenken und entschlossenes Handeln erforderlich sind, um die globale Erwärmung auf ein möglichst geringes Maß zu begrenzen, idealerweise – wie im Pariser Klimaabkommen im Jahr 2015 festgehalten – auf unter $1,5^{\circ}\text{C}$ im Vergleich zum vorindustriellen Zeitalter (United Nations 2015, 3).

Trotz der hohen Relevanz des Themas und der Tatsache, dass bereits Ende des 19. Jahrhunderts in naturwissenschaftlichen Fachdisziplinen erste Hinweise auf Zusammenhänge zwischen der anthropogenen Anreicherung der Erdatmosphäre mit CO_2 -Emissionen und einem Anstieg der globalen Durchschnittstemperatur festgestellt und diskutiert wurden (Kleber und Richter-Krautz 2022, 87–89), überrascht, dass das Thema in öffentlichen und politischen Debatten erst Ende 1980er Jahre vermehrte Aufmerksamkeit erfuhr (Brüggemann et al. 2018, 244). Vor diesem Hintergrund widmet sich der vorliegende Beitrag der Frage, wann der Klimawandel erstmals im

Rahmen politischer Debatten in der Bundesrepublik Deutschland als Thema aufkam, wie sich parlamentarische Debatten über den Klimawandel über die Zeit hinweg in ihrer Häufigkeit entwickelt haben und welchen Anteil die verschiedenen parteipolitischen Akteur*innen daran haben. In einem keyword-basierten Vorgehen wurden hierzu Reden aus allen Parlamentsdebatten der Bundesrepublik Deutschland von 1949 bis 2021 inhaltlich analysiert. Dazu wurde auf das Korpus *GermaParl* von Andreas Blaette (2017) zurückgegriffen.

Der vorliegende Beitrag bietet zunächst einen kurzen Abriss zur Geschichte der Erforschung des Klimawandels. Daran anschließend arbeitet der Beitrag aus kommunikationswissenschaftlicher Perspektive den Stand der Forschung zur medialen Berichterstattung über den Klimawandel auf und beschreibt, wie das Thema im Rahmen politischer Diskurse verhandelt wird. Es folgt die Ableitung der Fragestellungen und Annahmen der eigenen Studie und die Beschreibung des methodischen Vorgehens. Die gewonnenen Ergebnisse werden abschließend in den Stand der Forschung eingeordnet und kritisch diskutiert.

2 Ein kurzer geschichtlicher Abriss zur Erforschung des Klimawandels

Die naturwissenschaftliche Auseinandersetzung mit Phänomenen, die heutzutage als Treibhauseffekt und als menschengemachter Klimawandel bekannt sind, reicht bis in das 19. Jahrhundert zurück. Bereits Ende des 19. und zu Beginn des 20. Jahrhunderts befassten sich Forscher*innen mit Zusammenhängen zwischen einer industriellen Freisetzung von CO₂ und einem globalen Temperaturanstieg. Exemplarisch sei hier auf die Forschungsarbeiten von John Tyndall (1861), Svante Arrhenius (1896) und Guy Stewart Callendar (1938) verwiesen: Tyndall (1861, 29–34) führte experimentelle Studien zu strahlungsphysikalischen Eigenschaften von Gasen durch und beschrieb die physikalische Grundlage des Treibhauseffektes. Arrhenius (1896, 267) modellierte erstmals quantitativ, wie sich veränderte Konzentrationen von CO₂ in der Atmosphäre auf die Erdtemperatur auswirken. In diesem Kontext diskutierte er auch die Nutzung fossiler Brennstoffe wie beispielsweise Kohle als Ursache für eine vermehrte CO₂-Anreicherung in der Atmosphäre und einer daraus resultierenden, sich langfristig entwickelnden Erhöhung der Erdtemperatur (ebd., 270). Callendar (1938, 232–236) wertete Temperaturdaten der vergangenen 50 Jahre von 200 meteorologischen Stationen aus und kam zu dem Schluss, dass die von ihm beobachtete Erwärmung zu stark ausgeprägt sei, um sie auf natürliche Klimafluktuationen zurückführen zu können (ebd., 236). Während Arrhenius bereits annahm, dass eine dauerhafte Nutzung fossiler Brennstoffe aufgrund der damit verbundenen globalen Erwärmung langfristig zu Problemen führen könne, gingen alle Forscher*innen in dieser frühen Phase der Klimaforschung jedoch davon aus, dass die Erhöhung der Erdtemperatur erst in einigen Jahrhunderten tatsächlich messbar sein würde. Callendar (1938, 236) stellte außerdem mögliche vorteilhafte Effekte einer anthropogenen Erhöhung der Erdtemperatur dar, indem er davon ausging, dass sich dadurch die Gefahr der Wiederkehr einer Eiszeit auf unbestimmte Zeit verzögere. In der Folgezeit gerieten die Arbeiten der genannten Autoren zunächst in Vergessenheit und wurden kaum mehr beachtet, da es an stichhaltigen Belegen für die getroffenen

Annahmen fehlte und größere Veränderungen im globalen Klima nicht für möglich gehalten wurden (Kleber und Richter-Krautz 2022, 88).

In der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts führten Weiterentwicklungen in Messtechnologien und verbesserte Messmethoden zu einem enormen Erkenntnisgewinn und zu einer Wiederbelebung der Theorien. Pionierarbeiten u.a. von Charles David Keeling (1960, 203), Gilbert Plass (1956, 149) sowie von Roger Revelle und Hans E. Suess (1957) konnten durch Berechnungen zum einen den Konzentrationsanstieg des Treibhausgases CO₂ in der Atmosphäre tatsächlich nachweisen. Zum anderen waren sie nun in der Lage, den Treibhauseffekt in Bezug auf den Temperaturanstieg präziser zu quantifizieren: So bezifferte Plass (1956, 153) beispielsweise die durchschnittliche Temperaturerhöhung bedingt durch Industrie und andere menschliche Aktivitäten auf 1,1°C pro Jahrhundert. Darüber hinaus sagten die Expert*innen vorher, dass eine messbare anthropogene globale Erwärmung nicht erst in Jahrhunderten oder -tausenden, sondern bereits in den nächsten Jahrzehnten zu erwarten sei. Revelle und Suess (1957, 19) hielten hierzu fest, dass »human beings are now carrying out a large scale geophysical experiment of a kind that could not have happened in the past nor be reproduced in the future.« In Deutschland konstatierte der Klimaforscher Hermann Flohn (1941, 22) bereits in seiner Habilitationsschrift, dass menschliche Aktivitäten »Ursache einer erdumspannenden Klimaänderung« seien, »deren zukünftige Bedeutung niemand ahnen kann.« Flohn wies auch in zahlreichen späteren Publikationen immer wieder auf die CO₂-Problematik hin, erhielt für seine Positionen u.a. Unterstützung von anderen führenden Klimaforschern wie Michail Iwanowitsch Budyko (1972, 868) und gilt somit als einer der Wegbereiter der nationalen wie auch internationalen Klimaforschung.

Waren Annahmen über den anthropogenen Klimawandel in den Nachkriegsjahren zunächst nicht unumstritten und wurde die Existenz des Klimawandels anfangs noch kontrovers diskutiert, bestand ab den 1970er Jahren innerhalb der naturwissenschaftlichen Fachdisziplinen kein Zweifel mehr an der Existenz des Klimawandels. Kontrovers wurden stattdessen mögliche Vorhersagen über seinen Verlauf und die Höhe des Temperaturanstiegs diskutiert (z.B. Kleber und Richter-Krautz 2022, 92). Ein zentraler Meilenstein für die Anerkennung des Problems auch außerhalb von wissenschaftlichen Fachkreisen markierte laut Reinhard Coenen (1997, 161–162) die 1979 in Genf von der Weltorganisation für Meteorologie (WMO) veranstaltete 1. Weltklimakonferenz. Mit dieser Veranstaltung gelangte das Thema auf die internationale umweltpolitische Agenda und bereitete den Boden »für die Entwicklung der Klimarahmenkonvention«. Die Etablierung des IPCC Ende 1988 konsolidierte schließlich die wissenschaftliche Beratung für die Politik: So führt der IPCC zwar keine eigene Forschung durch, jedoch bereitet er in regelmäßigen Abständen in Assessment-Berichten den Stand der Forschung auf, evaluiert den aktuellen Wissensstand zum Klimawandel und seinen ökologischen und sozioökonomischen Auswirkungen und leitet daraus politische Handlungsempfehlungen ab.

3 Der Klimawandel in der medialen Öffentlichkeit

Die im vorangegangenen Abschnitt dargestellte institutionelle Verankerung des Klimawandels zog auch eine erhöhte mediale Aufmerksamkeit für das Thema nach sich. Nach Elke Grittmann (2012, 171–172) löste bereits im Jahr 1986 eine Titelseite des Nachrichtenmagazins *Der Spiegel* eine erste intensivere Debatte in Deutschland aus: So wurden unter der Überschrift »Die Klima-Katastrophe« die Folgen des Klimawandels drastisch durch einen aufgrund des klimawandelbedingten Anstiegs des Meeresspiegels im Wasser versinkenden Kölner Dom illustriert. Den Startpunkt der intensiveren medialen Berücksichtigung des Themas verorten Michael Brüggemann et al. (2018, 244) für westliche Medien im Jahr 1988: Neben der Gründung des IPCC sorgten die vielzitierte Rede von Margaret Thatcher vor der Royal Society und ein Vortrag des Klimaforschers James Hansen vor dem US-amerikanischen Kongress für eine Zunahme der medialen Aufmerksamkeit.

Wichtige Schwerpunkte der inhaltsanalytischen Erforschung der Medienberichterstattung bilden laut Brüggemann et al. (2018, 244) zum einen die Untersuchung von Frames im Rahmen der Berichterstattung, zum anderen die Erforschung von zeitlichen Dynamiken sowie von kontextuellen Faktoren und Auslösern einer intensiveren Behandlung des Themas in den Medien. Sowohl bei der Untersuchung von Frames als auch bei der Analyse von zeitlichen Dynamiken gibt es Forschungsarbeiten, die sich diesbezüglich mit länderspezifischen Besonderheiten auseinandergesetzt haben. Ein Überblick zu wesentlichen Erkenntnissen aus den genannten Forschungsschwerpunkten soll im Folgenden gegeben werden.

Verschiedene Studien, die sich mit dem Framing der Berichterstattung in etablierten Massenmedien befasst haben (insbesondere in Tageszeitungen und Fernsehen), konnten zeigen, dass der oben geschilderte Konsens wissenschaftlicher Fachkreise und des IPCC zu menschlichen Aktivitäten als Ursache für Klimawandel auch in der medialen Berichterstattung mehrheitlich übernommen wird und diese dominiert: Beispielsweise untersuchten Michael Brüggemann und Sven Engesser (2017, 60–61) 936 Artikel aus den Jahren 2011 bis 2012, die in 25 führenden Printmedien- und Onlinenachrichten-Outlets in Deutschland, Großbritannien, Indien, der Schweiz und den USA publiziert worden waren. Im Einklang mit dem IPCC-Konsens zeigen die Ergebnisse ihrer Inhaltsanalyse, dass – über alle betrachteten Länder hinweg – die Artikel mehrheitlich den Anstieg der globalen Durchschnittstemperatur (90 %) und menschliche Aktivitäten als Ursache dafür (59 %) thematisieren. Weiterhin behandeln die Artikel Gefahren und Risiken infolge des Klimawandels (45 %) und gehen auf die Notwendigkeit einer Emissionsreduktion ein, um den Klimawandel und seine Folgen eindämmen zu können (46 %). Eine Infragestellung des IPCC-Konsens findet dagegen nur sehr selten statt (ebd., 62). Zu ähnlichen Ergebnissen kommen auch jüngere Forschungsarbeiten wie beispielsweise die von Kai-ping Chen et al. (2023, 391). Die Autor*innen unterzogen dabei über 30.500 Nachrichtenbeiträge aus den Jahren 2018 bis 2021 von reichweitenstarken, englischsprachigen Nachrichtenoutlets in Australien, Großbritannien, Kanada und den USA einer automatisierten Inhaltsanalyse. Um wiederkehrende Frames in der Berichterstattung identifizieren zu können, wurde als Auswertungsmethode Topic Modeling genutzt. Es zeigte sich, dass in Nachrichtenbeiträgen das Hauptaugenmerk auf die Folgen des Klimawandels und

die US-amerikanische Klimapolitik gelegt wird. Weitere Themenschwerpunkte bilden Nachrichten über globale Klimaschutzkollaborationen wie das Pariser Abkommen, Klimaprotestbewegungen sowie Beiträge über soziale Ungerechtigkeiten im Kontext von Klimawandel (Chen et al. 2023, 401). Einen besonderen Fokus auf gesellschaftliche Dimensionen des Klimawandels konnten auch Valerie Hase et al. (2021, 3) nachweisen. Die Autor*innen erforschten im Rahmen einer automatisierten Inhaltsanalyse die Nachrichtenberichterstattung in Tageszeitungen in den Jahren 2006 bis 2018 in sechs Ländern des Globalen Nordens (Australien, Deutschland, Großbritannien, Kanada, Neuseeland und den USA) und vier Ländern des Globalen Südens (Indien, Namibia, Südafrika, Thailand). Das untersuchte Korpus umfasste über 71.500 Artikel, in denen zentrale Themen wieder mithilfe von Topic Modeling identifiziert wurden. Neben Berichten über ökologische Veränderungen oder aktuelle Befunde der Klimaforschung, sind zentrale Themen der Berichterstattung, wie Menschen den Klimawandel und seine Folgen wahrnehmen, in welcher Weise sie davon betroffen sind, wie sie den Klimawandel bekämpfen und welche menschlichen Aktivitäten den Klimawandel verursachen. Die Ergebnisse der Studie zeigen außerdem Unterschiede in der Berichterstattung zwischen Nachrichtenmedien aus dem Globalen Norden und denen aus dem Globalen Süden auf: Während Nachrichtenmedien in Ländern aus dem Globalen Norden insgesamt häufiger über den Klimawandel berichten (Hase et al. 2021, 6), konzentrieren sich Nachrichtenmedien in Ländern aus dem Globalen Süden deutlich stärker auf die gesellschaftlichen Auswirkungen des Klimawandels (Hase et al. 2021, 8–9). Bezogen auf westliche Nachrichtenmedien widmete sich Maria Sakellari (2022, 72) im Rahmen einer Meta-Analyse Mustern in der Berichterstattung über Migrationsbewegungen infolge des Klimawandels. Die Autorin berücksichtigte insgesamt neun peer-gereviewte Artikel, die zwischen 2005 und 2021 veröffentlicht worden waren. Ähnlich wie bereits Hase et al. (2021, 8–9) kommt auch Sakellari (2022, 73) zu dem Ergebnis, dass soziale und gesellschaftliche Auswirkungen des Klimawandels von westlichen Medien nur wenig aufgegriffen werden. Wenn doch über klimawandelbedingte Migration berichtet wird, dann wird das Thema zum einen mit einer Bedrohung der nationalen Sicherheit durch einen potenziellen Anstieg von Kriminalität und Terror in Verbindung gebracht (Sakellari 2022, 73–74). Zum anderen werden Betroffene viktimisiert und als passive und hilflose Opfer des Klimawandels dargestellt (Sakellari 2022, 75). Politische Maßnahmen, um die gesellschaftlichen Auswirkungen des Klimawandels einzudämmen, werden hingegen deutlich seltener in diesem Kontext aufgegriffen (ebd., 82).

Mit einem besonderen Fokus auf wirtschaftliche Folgen des Klimawandels untersuchten schließlich Dominik Stecula und Eric Merkley (2019, 6) US-amerikanische Nachrichtenmedien mit der höchsten Reichweite. Berücksichtigt wurden dabei über 14.000 Artikel, die zwischen 1988 und 2014 publiziert worden waren. Die Autoren identifizierten grob drei Phasen der Klimaberichterstattung und konnten zeigen, dass Frames, die wirtschaftliche Schäden infolge erhöhter Kosten durch Klimaschutzpolitik und Unsicherheiten bezüglich des IPCC-Konsenses betonen, selbst in konservativen Medienoutlets wie dem *Wall Street Journal* über den betrachteten Zeitraum hinweg weniger häufig auftreten. Die Autoren halten fest, dass mit dieser Entwicklung in der Berichterstattung die Argumentationsgrundlagen, die typischerweise von Gegenbewegungsorganisationen und konservativen politischen Eliten gegen Klimaschutzmaßnahmen ins Feld geführt wer-

den, von führenden Nachrichtenmedien offenbar gedämpft werden (Stecula und Merkle 2019, 10). Allerdings zeigen Ergebnisse einer manuellen Inhaltsanalyse von Lauren Feldman et al. (2017, 490) aber auch, dass gerade konservative Nachrichtenmedien wie der *Wall Street Journal* deutlich seltener über negative Folgen des Klimawandels berichten. Die Autor*innen hatten in ihrer Studie 642 Artikel aus vier US-amerikanischen Tageszeitungen untersucht, die in den Jahren 2000 bis 2014 veröffentlicht worden waren (Feldmann 2027, 487).

Auch wenn laut Brüggemann et al. (2018, 244) insgesamt der Frame »anthropogener Klimawandel« klar die Berichterstattung dominiert und somit als »Masterframe« bezeichnet werden kann, zeigen Ergebnisse einer Befragungsstudie an Journalist*innen von Michael Brüggemann und Sven Engesser (2014, 411), dass Journalist*innen – obwohl sie selbst zumeist Befürworter*innen des IPCC-Konsens sind und klimaskeptische Einstellungen ablehnen – der Ansicht sind, dass Sichtweisen von Skeptiker*innen, Leugner*innen und Gegner*innen des Klimawandels in der Berichterstattung nicht ausgeschlossen, sondern vielmehr aufgrund der journalistischen Norm einer ausgewogenen und kritischen Berichterstattung aufgegriffen, eingeordnet und hinterfragt werden sollten (s.a. Brüggemann und Engesser, 2017, 65). Die Autoren wie auch bereits Maxwell T. Boykoff und Jules M. Boykoff (2004, 133) in einer früheren Publikation kritisieren, dass durch die »balanced« coverage of a very unbalanced issue« klimaskeptischen Haltungen unverhältnismäßig viel Raum zugebilligt wird und dadurch Kontroversen und die Infragestellung anthropogener Ursachen für den Klimawandel befeuert werden: Skeptiker*innen, Leugner*innen und Gegner*innen des Klimawandels können sich durch diese Praxis der Berichterstattung auf vermeintliche Unsicherheiten und Uneindeutigkeiten im Erkenntnisstand zum Klimawandel berufen, obwohl in wissenschaftlichen Fachkreisen laut Richard A. Kerr (2009, 927) große Einigkeit darin besteht, dass die Bedrohung durch den Klimawandel eine reale Gefahr darstellt, die das Ergreifen sofortiger Maßnahmen erfordert.

In Bezug auf zeitliche Dynamiken in der Berichterstattung zum Klimawandel erfuhr das Thema laut Brüggemann et al. (2018, 246) erstmals in den 1950ern Jahren mediale Aufmerksamkeit. Eine intensivere Berichterstattung erfolgte jedoch erst – wie eingangs bereits darstellt – ab Ende der 1980er Jahre. Diane Holt und Ralf Barkemeyer (2012, 4–6) analysierten in ihrer Studie den Verlauf der Berichterstattung über den Klimawandel in 112 Tageszeitungen aus 39 Ländern im Zeitraum zwischen 1990 und 2008. In diesem Zeitraum ergab sich eine deutliche Zunahme der Medienberichterstattung über das Thema (Holt und Barkemeyer 2012, 9). Allerdings werden auch ereignisbezogene Schwankungen in der medialen Aufmerksamkeit sichtbar: Anstiege in der Berichterstattung sind beispielsweise im Zusammenhang mit dem Umweltgipfel in Rio de Janeiro im Jahr 1992, der Verabschiedung des Kyoto-Protokolls im Jahr 1997, dem Weltgipfel für nachhaltige Entwicklung in Johannesburg im Jahr 2002 und der Veröffentlichung des vierten Sachstandberichts des IPCC im Jahr 2007 feststellbar. Insbesondere im Zeitraum zwischen den Jahren 2005 und 2008, vor allem aber im Jahr 2007 stieg die mediale Aufmerksamkeit im Kontext der Veröffentlichung des Dokumentarfilms *An Inconvenient Truth* im Jahr 2006 und der Verleihung des Friedensnobelpreises an den IPCC und Al Gore im Jahr 2007 noch einmal sprunghaft an (ebd., 12). Zu ähnlichen Ergebnissen kamen auch die Studien von Mike S. Schäfer et al. (2014) sowie von Andreas Schmidt et al. (2013). Schäfer et al. (2014,

160) untersuchten über 44.400 Artikel, die in Tageszeitungen in Australien, Deutschland und Indien zwischen den Jahren 1996 und 2010 veröffentlicht worden waren. Auch hier zeigt sich der Trend einer steigenden Aufmerksamkeit für das Thema mit sprunghaften, ereignisbezogenen Anstiegen der Berichterstattung (Schäfer 2014, 165–166). Höhepunkte in der Berichterstattung entstehen vor allem infolge politischer Ereignisse wie den internationalen Klimakonferenzen, aber auch infolge neu veröffentlichter Berichte des Weltklimarates (ebd., 168). Auch die Studie von Schmidt et al. (2013, 1239), in der die Medienberichterstattung über den Klimawandel in 27 Ländern in den Jahren 1996 bis 2009 analysiert wurde, bestätigt für alle untersuchten Länder die Zunahme in der Berichterstattung, wenngleich auf unterschiedlich stark ausgeprägtem Niveau (Schmidt et al. 2013, 1242), sowie Varianzen in der Berichterstattungshäufigkeit im Kontext bestimmter Ereignisse (Schmidt et al. 2013, 1245). Neben Anstiegen in der Medienberichterstattung können umweltpolitische Ereignisse aber auch zu Rückgängen der medialen Aufmerksamkeit führen: Dies lässt sich beispielsweise auf der Grundlage der *Media and Climate Change Observatory Data* feststellen, einer Datenbank, die von einer internationalen Kollaboration verschiedener Universitäten unter der Federführung von Boykoff betrieben wird. Seit über 17 Jahren wird in hierbei die weltweite Medienberichterstattung in 131 Quellen (Tageszeitungen, Radio und Fernsehen) über die Themen Klimawandel und globale Erwärmung kontinuierlich gemonitort. Aus dem globalen Datensatz von Kyotaek Hwang et al. (2025, o. S.) wurde nach dem Scheitern der Klimaschutzkonferenz in Kopenhagen im Jahr 2009 weltweit deutlich weniger über das Thema berichtet; erst mit der UN-Klimakonferenz in Paris im Jahr 2015 erfuhr das Thema wieder einen Aufschwung. Diese von Kerr (2009, 927) als »climate fatigue« bezeichnete Phase spiegelte sich zumindest in den USA auch in den Einstellungen der Bevölkerung wider, die die Ernsthaftigkeit der Risiken und Gefahren durch den Klimawandel ab dem Jahr 2009 zunehmend für übertrieben hielten.

Abschließend zeigen ländervergleichende Analysen laut Brüggemann et al. (2018, 247), dass »Medien ihre Berichterstattung lokalen Lebenswelten anpassen«. Ergebnissen von Schmidt et al. (2013, 1243) zufolge sind hierbei zum einen das potenzielle Ausmaß der Betroffenheit von den Folgen des Klimawandels, zum anderen die Abhängigkeit der nationalen Wirtschaft von fossilen Energieressourcen wichtige Treiber einer intensiveren Berichterstattung (Schmidt et al. 2013, 1244). Kontroversen in der Berichterstattung sind laut Brüggemann et al. (2018, 247) schließlich insbesondere in den Ländern feststellbar, in denen sich polarisierende Fronten zwischen Skeptiker*innen und Warner*innen gebildet haben: Dies trifft laut der Studie von Feldman et al. (2017, 492) beispielsweise auf die Berichterstattung in führenden Tageszeitungen in den USA zu. Nach Feldman et al. (2017) behandeln diese den Klimawandel in einer Art und Weise, dass Leser*innen sich wahlweise vom Klimawandel nicht betroffen, machtlos oder beides zugleich fühlen können.

4 Der Klimawandel im politischen Diskurs

Wie im ersten Abschnitt zum forschungsgeschichtlichen Abriss zur Klimaforschung bereits dargestellt, wurden Debatten über den Klimawandel über Jahrzehnte hinweg fast

ausschließlich in wissenschaftlichen Fachkreisen geführt (Rhomberg 2012, 32). Zu Kopplungen zwischen Politik und Wissenschaft kam es schließlich ab Ende der 1970er Jahre im Zuge der dann regelmäßig stattfindenden Weltklimakonferenzen und im Rahmen von gemeinsamen Sitzungen des 1988 etablierten IPCC. Markus Rhomberg (2012, 32) hält für den politischen Diskurs in Deutschland über den Klimawandel fest, dass »die Politik dieses politisch entscheidungsbedürftige Thema erst nach der medialen Publikation für sich entdeckte«. Gemeint ist hiermit die bereits erwähnte, 1986 erschienene Ausgabe des Nachrichtenmagazins *Der Spiegel* mit dem im Wasser versinkenden Kölner Dom unter der Überschrift »Die Klima-Katastrophe«. Nach Ansicht von Rhomberg (2012, 32) ist dieser Prozess nicht ungewöhnlich: So profitiere ein Thema vor allem von »Möglichkeiten einer öffentlichen Machtdemonstration« von Politiker*innen und würde für Medien entsprechend interessant, »wenn Eindeutigkeit hergestellt und Entscheidungen getroffen werden.« Nach Marc Debus und Noam Himmelrath (2022, 2) sind dabei insbesondere parlamentarische Debatten für den Prozess der Überzeugung politischer Entscheidungsträger*innen sowie für die Gestaltung politischer Maßnahmen eine wichtige Etappe der politischen Entscheidungsfindung und spielen somit eine wesentliche Rolle für die Diskussion politischer Reaktionen auf gesellschaftlich relevante langfristige Entwicklungen wie den Klimawandel. Auch Jasmin Agyemang (2024, 11–12) hält fest, dass parlamentarische Aussprachen »das Zentrum des Dreischritts aus (1) Antrag – (2) Debatte/Beratung – (3) Abstimmung« bilden. Aus diesem Grund wird bei der folgenden Aufarbeitung des Forschungsstandes zum politischen Diskurs über den Klimawandel das Hauptaugenmerk auf parlamentarische Debatten gelegt. Forschungsarbeiten hierzu haben dabei zum einen Zusammenhänge mit der Parteizugehörigkeit, politischen Ideologien sowie personenbezogenen Merkmalen von Parlamentarier*innen herausgearbeitet. Zum anderen setzen sich Forschungsarbeiten mit Themen, Begriffen und Argumentationen auseinander, die im Kontext von parlamentarischen Aussprachen über Klimawandel aufgegriffen werden.

In einer automatisierte Inhaltsanalyse von über 57.800 Reden im Deutschen Bundestag der 18. und 19. Legislaturperiode untersuchten Debus und Himmelrath (2022, 6), ob es Zusammenhänge zwischen der Parteizugehörigkeit von Bundestagsabgeordneten, ihrem Alter, der Altersstruktur und wirtschaftlichen Problembelastungen im Wahlkreis der Abgeordneten und Klimawandel als Debattenbeitrag gibt. In einem kombinierten Vorgehen aus diktionärbasiertem Ansatz und Word Embeddings wurden zunächst Reden identifiziert, die sich mit Klimawandel und verwandten Themen befassten. Dies traf auf 5,7 Prozent der Reden im untersuchten Korpus zu. Die Autoren konnten dabei in der Tat feststellen, dass jüngere Bundestagesabgeordnete häufiger zum Thema Klimawandel sprechen. Weiterhin zeigt sich, dass Abgeordnete der Partei Bündnis 90/Die Grünen aufgrund ihrer Issue Ownership sowie Abgeordnete, die Mitglied in entsprechend einschlägigen Ausschüssen und Gremien sind, sich häufiger über das Thema zu Wort melden. Aber auch Abgeordnete der FPD sprechen häufiger über den Klimawandel in ihren Reden. Dabei betonen sie die positiven Auswirkungen des freien Marktes auf technische Innovationen, die zur Bekämpfung des Klimawandels führen können (Himmelrath 2022, 8). Die Issue Ownership von Bündnis 90/Die Grünen-Abgeordneten wird auch durch Ergebnisse einer automatisierten Inhaltsanalyse von Raphael H. Heiberger und Christian Koss (2017, 399–400) unterstützt. Die Autoren untersuchten über 1.400 Plenarprotokolle

der 12. bis 17. Legislaturperiode des Deutschen Bundestags und identifizierten mithilfe von Topic Modelling u.a. parteispezifische Themen. Die Ergebnisse weisen eindeutig auf die identitätsstiftenden Kernthemen der Partei hin, die deutlich häufiger als andere Parteien umwelt- und klimawandelbezogene Themen zur Sprache bringt (z.B. Klimaschutz, Energiewende).

Mit Blick auf politische Ideologien befassten sich Bernhard Forchtner und Balša Lubarda (2023, 50 und 53) mit der Frage, wie Abgeordnete am rechten Ende des politischen Spektrums über den Klimawandel im Europäischen Parlament sprechen. Das Korpus umfasste 792 Redebeiträge von Abgeordneten rechtsgerichteter und rechtsextremer Parteien aus drei Legislaturperioden, und zwar 2004 bis 2009, 2009 bis 2014 sowie 2014 bis 2019. Die Ergebnisse der manuellen quantitativen Inhaltsanalyse dieser Beiträge weisen auf eine geringe Präsenz von Argumenten hin, die die Existenz des Klimawandels leugnen oder eine Skepsis gegenüber Evidenzen für den Klimawandel zum Ausdruck bringen (Forchtner und Lubarda 2023, 57). Stattdessen bringen Abgeordnete insbesondere eine skeptische Haltung gegenüber politischen Entscheidungsprozessen und politischen Maßnahmen als Reaktionen auf den Klimawandel zum Ausdruck: So werden Entscheidungsprozesse zum einen als »irrational«, »hysterisch« und »alarmistisch« abgetan; zum anderen werden politische Maßnahmen mit einem Verlust der nationalen Souveränität, der »Gefahr einer Deindustrialisierung« und Schädigung der nationalen Wirtschaft in Verbindung gebracht (ebd., 58).

Anhand von Debatten im norwegischen Parlament erforschten Anje Müller Gjesdal und Gisle Andersen (2023, 433) in einer Kombination aus quantitativen und qualitativen inhaltsanalytischen Methoden, wie sich die Nutzung von Begriffen wie »Treibhausgas«, »Klimagas«, »Kohlenstoff« und »CO₂« im Zeitraum von 1999 bis 2019 entwickelt und in welchem Kontext bzw. mit welchem Frame diese Begriffe in Debatten Verwendung finden. Hierzu analysierten die Autor*innen Reden von Abgeordneten aus drei zuvor festgelegten Zeitabschnitten, und zwar von 1999 bis 2005, 2006 bis 2012 sowie von 2013 bis 2019. Die Ergebnisse zeigen, dass die Begriffe in spezifischen Kontexten verwendet werden und somit als diskursives Zeichen für das diskutierte Thema aufgefasst werden können: Beispielsweise wird der Begriff »CO₂« insbesondere dann verwendet, wenn es um formale Regulierungs- oder technische Fragestellungen geht. Der Begriff »Klimagas« wird hingegen bei der Erörterung allgemeiner gesellschaftlicher Problemstellungen genutzt, und der Begriff »Kohlenstoff« wird am häufigsten verwendet, wenn es um Umweltprobleme oder um Visionen einer zukünftigen Gesellschaft geht (Gjesdal und Andersen 2023, 441).

Rebecca Willis (2017, 218–219) erforschte ein Schlüsselmoment der Klimapolitik in Großbritannien, nämlich Debatten, die im Kontext des 2008 verabschiedeten *Climate Change Bill* geführt wurden. Im Rahmen einer Kritischen Diskursanalyse untersuchte die Autorin anhand von Kollokationen und semantischem Tagging, wie britische Politiker*innen über den Klimawandel sprechen und welche Themen sie im Kontext des Klimawandels diskutieren. Die Ergebnisse der Studie zeigen, dass der politische Diskurs zum *Climate Change Bill* besonders stark von wirtschaftlichen und technischen Aspekten geprägt ist. Weiterhin zeigt sich, dass Politiker*innen Erkenntnisse aus der Wissenschaft selektiv nutzen, um Entscheidungen für politische Maßnahmen zu legitimieren (Willis 2017, 220–222). Im Gegensatz dazu werden gesellschaftliche und soziale Di-

mensionen des Klimawandels – ähnlich wie bereits im vorangegangenen Abschnitt zur Medienberichterstattung festgestellt – vernachlässigt: Es fällt generell auf, dass Politiker*innen nicht von Menschen sprechen, wenn sie über den Klimawandel diskutieren. Gleiches gilt für klimawandelbedingte abrupte, irreversible und gravierende Veränderungen (Willis 2017, 222–223). Die Autorin zieht aus ihren Ergebnissen die Schlussfolgerung, dass Politiker*innen versuchen, den Klimawandel zu »zähmen« und als relativ ungefährliches und beherrschbares Problem darzustellen, anstatt sich der schwierigen und komplexen Realität zu stellen. Diese Vorgehensweise verhindert nach Ansicht der Autorin jedoch eine Diskussion über die vollständigen politischen und sozialen Auswirkungen des Klimawandels und schließt eine Debatte über radikalere, weitreichendere Maßnahmen aus (Willis 2017, 226). Hinweise, warum Politiker*innen hiervor vermutlich zurückscheuen, ergeben sich aus qualitativen Interviews, die Willis (2018, 479–480) mit 14 Abgeordneten des britischen Parlaments geführt hat. So könnten Spannungen zwischen unterschiedlichen Zeithorizonten ein Hindernis für weitreichendere Maßnahmen gegen den Klimawandel sein: Politiker*innen, die lediglich für fünf oder weniger Jahre gewählt werden, möchten nicht die Verantwortung für Themen und politische Entscheidungen übernehmen, deren Auswirkungen sich auf Jahrzehnte hinweg erstrecken (Willis 2018, 488).

5 Fragestellung und methodische Vorgehensweise

Aus dem forschungsgeschichtlichen Abriss zum Thema Klimawandel kann festgehalten werden, dass es zum menschengemachten Klimawandel und daraus resultierenden Problemen bereits seit langem eine wissenschaftliche Vorkontroverse gab. Erst sehr viel später mit der 1. Weltklimakonferenz in Genf im Jahre 1979 und der Gründung des IPCC im Jahre 1988 wurde das Thema durch institutionelle Verankerungen auch außerhalb von wissenschaftlichen Fachkreisen zu einem relevanten Thema. Forschungsarbeiten zur Medienberichterstattung über den Klimawandel zeigen in der Zusammenschau, dass diese seit Ende der 1980er Jahre über die Jahrzehnte hinweg an Intensität und thematischer Breite zugenommen hat und dabei stark vor allem von politischen Ereignissen geprägt ist. Während der wissenschaftliche Konsens über die anthropogene Verursachung in der Berichterstattung weitgehend übernommen wird, variieren die Gewichtung gesellschaftlicher, politischer und ökonomischer Folgen sowie auch der Grad der Polarisierung erheblich zwischen Ländern. Die Forschung zu politischen Parlamentsdebatten zeigt insgesamt, dass Debatten über den Klimawandel stark durch parteipolitische Issue Ownership, ideologische Konfliktlinien und strategische Rahmungen geprägt sind. Während grüne Parteien als treibende Kräfte auftreten, artikulieren rechte Parteien Skepsis vor allem gegenüber politischen Maßnahmen. Wissenschaftliche Erkenntnisse werden selektiv integriert, wobei ökonomische und technologische Aspekte dominieren und gesellschaftliche Implikationen, ähnlich wie in der Medienberichterstattung, häufig vernachlässigt werden.

Vor diesem Hintergrund untersucht die vorliegende Studie die Präsenz des Themas Klimawandel in parlamentarischen Debatten der Bundesrepublik Deutschland. Darüber hinaus wird analysiert, wie sich diese Debatten über die verschiedenen Parteien hinweg

verteilen, um zentrale politische Akteure in Klimadebatten zu identifizieren. Die Untersuchung greift auf das Korpus *GermaParl* (Blaette, 2017) zurück. Dieses umfasst die digitalisierten Plenarprotokolle des Deutschen Bundestages von 1949 bis 2021 (Legislaturperioden 1–19) in maschinenlesbarer Form. Dies ermöglicht systematische Suchen mit relevanten Stichworten. Die Auswahl der Stichworte wurde so getroffen, dass relevante Debatten möglichst vollständig erfasst werden, ohne zu viele thematisch unpassende Reden einzubeziehen. Berücksichtigt sind sowohl allgemeinere, historisch etablierte Begriffe als auch aktuell politisierte Schlagworte sowie wissenschaftlich-institutionelle Bezüge. Dadurch wird das Risiko verringert, wichtige Beiträge zu übersehen oder irrelevante Treffer zu erhalten.

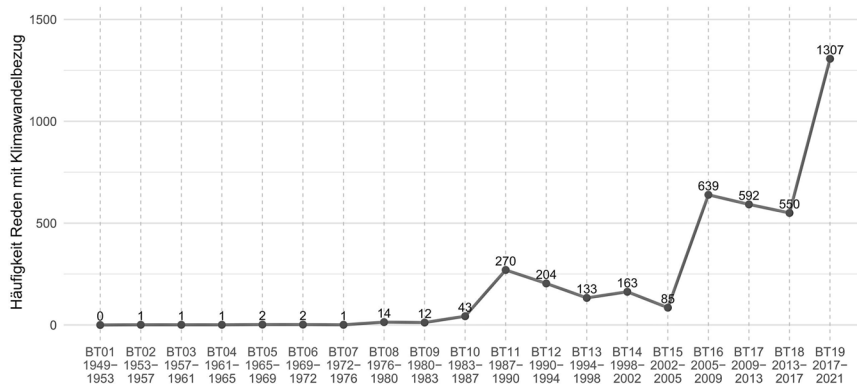
Insgesamt wurden folgende Suchbegriffe berücksichtigt: Klimaänderung, Klimaerwärmung, Klimaforschung, Klimakatastrophe, Klimakrise, Klimaveränderung, Klimaverschiebung, Klimawandel, Erderwärmung, Glashauseffekt, globale Erwärmung, IPCC, Treibhauseffekt, Weltklimakonferenz, Weltklimarat. Es sind also neben allgemeinen Begriffen wie »Klimawandel« und »Klimaerwärmung«, auch frühe Begriffe wie »Treibhauseffekt« und »globale Erwärmung«, aktuelle politisierte Begriffe wie »Klimakrise« und »Klimakatastrophe« sowie zentrale wissenschaftliche Bezugspunkte wie »IPCC« und »Weltklimakonferenz« berücksichtigt. Mithilfe einer mit dem ODER-Operator verbundenen Suche ergaben sich so 4.020 Redebeiträge.

Für die Auswertung wurde für alle in der Stichwortsuche identifizieren Redebeiträge die Häufigkeit nach Legislaturperioden aggregiert. Bei Legislaturperioden mit geringer Trefferzahl ($N \leq 30$) erfolgte eine vollständige qualitative Sichtung aller Reden. Dabei wurde überprüft, ob die Treffer tatsächlich einschlägig waren, welche inhaltlichen Aspekte der Klimadebatte angesprochen wurden und in welchem Kontext diese standen. Bei größeren Fallzahlen ($N > 30$) beschränkte sich die Auswertung auf eine kurssorische Durchsicht der Reden und die rein quantitative Beschreibung der Dynamik über Zeit. Für die Analyse der Anteile der Parteien an den Reden wurden zunächst die Parteien gruppiert. Dabei wurde den üblichen Fraktionsbildungen gefolgt: Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD), Freie Demokratische Partei (FDP), Bündnis 90/Die Grünen (bzw. Die Grünen in Legislaturperioden vor der Wiedervereinigung) sowie Alternative für Deutschland (AfD). Die Unionsparteien CDU und CSU wurden zusammengefasst (CDU/CSU), ebenso die Partei Die Linke mit ihren Vorgängerorganisationen (PDS, Linkspartei.PDS). Redebeiträge parteiloser Abgeordneter sowie weiterer, nicht durchgehend im Bundestag verteilter Parteien, wurden unter der Kategorie »Sonstige« zusammengefasst. Mit dieser Gruppierung wurde der Anteil der Redebeiträge an allen Reden mit Klimabezug berechnet. Auch diese Auswertung erfolgte nur für Legislaturperioden, in denen die Gesamtzahl der Beiträge ausreichend hoch war ($N > 30$ Redebeiträge), da bei kleinen Fallzahlen einzelne Redebeiträge sonst einen unverhältnismäßig großen Einfluss auf die Prozentwerte gehabt hätten. Zur Einordnung dieser Redeanteile der Parteien wurden diese ihren jeweiligen Sitzanteilen im Bundestag gegenübergestellt. Auf diese Weise lassen sich Tendenzen beschreiben, in welchem Ausmaß die Parteien, gemessen an ihrer Fraktionsstärke, in klimabezogenen Redebeiträgen vertreten sind.

6 Ergebnisse

Bei der Auswertung der Redebeiträge nach Legislaturperioden (Abb. 1) zeigt sich klar eine zeitliche Dynamik. Die relevanten Stichworte tauchen vor den 1980er Jahren in parlamentarischen Debatten nur vereinzelt auf und das Thema etabliert sich in drei auffälligen Schüben: In den Jahren 1983 bis 1990, 2002 bis 2009 sowie in der letzten berücksichtigten Legislaturperiode 2017 bis 2021.

Abbildung 1: Anzahl der Redebeiträge mit Klimawandelbezug im Deutschen Bundestag nach Legislaturperioden (BT = Bundestag) im Zeitraum von 1949 bis 2021. Grundlage ist eine Stichwortsuche im GermaParl-Korpus (Blaette 2017).



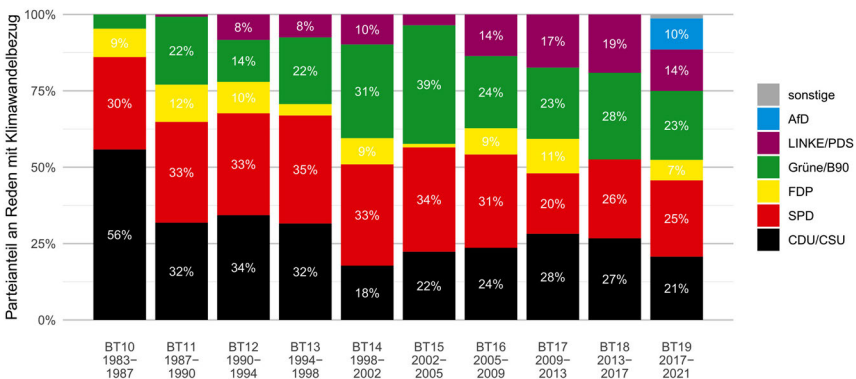
Die frühen Nennungen (zwischen 1949 und 1976) stehen dabei nicht im Zusammenhang mit dem anthropogenen Klimawandel. Der Begriff »Klima(ver)änderung« findet sich hier meist in einem metaphorischen Sinne, vor allem zur Beschreibung von politischen Stimmungen: So sprechen Fritz Erler (SPD, BT-03/099, 5402¹) oder Willy Brandt (SPD, BT-05/126, 6332) in den 1960er Jahren von »Klimaänderung« in den Beziehungen zwischen Ost und West. Walter Scheel (FDP, BT-05/165, 8618) oder Gerhard Stoltenberg (CDU, BT-07/092, 6213) beschreiben jeweils eine innenpolitische »Klimaveränderung« in Bezug auf die öffentliche Meinung. Im Rahmen einer Debatte über Urlaub und Erholung verweist Jens Nissen (SPD, BT-04/051, 2266) auf die »Klimaveränderung« im Sinne eines Ortswechsels zur Gesundheitsförderung. Einzelne Debatten beziehen sich zwar auf tatsächliche physische Klimafolgen, so warnt etwa Hermann Kopf (CDU/CSU, BT-02/039, 1847) vor klimatischen Veränderungen für die Landwirtschaft am Rhein durch den Bau des Rheinseitenkanals und Rainer Offergeld (SPD, BT-06/158, 9096) bezieht sich auf mögliche lokale Klimaveränderungen durch den Bau von Kühltürmen in der Schweiz.

1 Die Nachweise folgen dem Schema: Name des Redners (Fraktion, BT-Legislaturperiode/Sitzungsnummer, Seitenzahl). Beispiel: »Fritz Erler (SPD, BT-03/099, 5402)« verweist auf eine Rede von Fritz Erler, Mitglied der SPD Fraktion, Dritter Deutscher Bundestag, Sitzungsnummer 99, Seite 5402; Protokoll abrufbar unter: <https://dserver.bundestag.de/btp/03/03099.pdf>.

Ein Bezug zum anthropogenen Klimawandel durch CO₂-Emissionen findet sich jedoch nicht.

In den darauffolgenden Legislaturperioden ändert sich dieses Bild: Zwar finden sich auch in den Legislaturperioden 8 (1976–1980) und 9 (1980–1983) überwiegend metaphorische Verwendungen des Klimabegriffes, doch zeigen sich nun erste Redebeiträge, die den anthropogenen Klimawandel aufgreifen. Adolf Freiherr Spies von Bülesheim (CDU/CSU, BT-08/031, 2307) verweist auf »befürchtete[r] Klimaveränderungen« und Herbert Gruhl (CDU/CSU, BT-08/167, 13394) auf den »Treibhauseffekt« als Folge fossiler Energieemissionen. Friedrich Zimmermann (CDU/CSU, BT-08/188, 14812) bringt dies in Bezug zum »Abschmelzen der Polkappen«. Außerdem finden sich beispielsweise in Reden von Hans Hubrig (SPD, BT-08/173, 13746–13748), Karl-Hans Laermann (FDP, BT-08/173, 13750–13753), Andreas von Bülow (SPD, BT-09/073, 4228–4231), Josef Vosen (SPD, BT-09/080, 4781) oder Liesel Hartenstein (SPD, BT-09/125, 7577–7580) forschungspolitische Auseinandersetzungen um die Bedeutung der Klimaforschung und insbesondere deren Finanzierung im Rahmen von Haushalts- und Programmdebatten. Ab der 10. Legislaturperiode (1983–1987) findet sich der Klimabegriff neben weiterhin metaphorischen Verwendungen nicht mehr nur vereinzelt, sondern regelmäßig in den Debatten. In der 11. Legislaturperiode (1987–1990) erreichen die Reden mit Klimabezug mit 270 Beiträgen einen ersten Höhepunkt. In den darauffolgenden Jahren nimmt die Zahl der Reden zunächst wieder ab, bevor in der 16. Legislaturperiode (2005–2009) ein erneuter deutlicher Anstieg sichtbar wird. Einen weiteren deutlichen Schub erfährt das Thema schließlich in der 19. Legislaturperiode (2017–2021) auf rund 1.300 Redebeiträge gegenüber etwa durchschnittlich 600 in den Legislaturen von 2005 bis 2017.

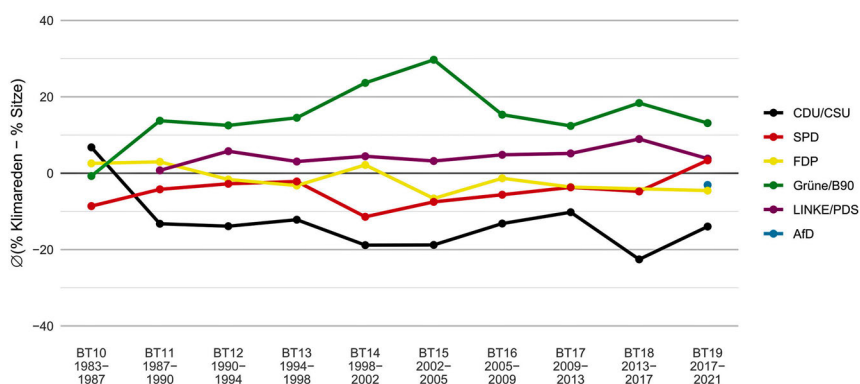
Abbildung 2: Relativer Anteil (%) pro Partei an allen Reden mit Klimawandelbezug nach Legislaturperioden (BT) im Zeitraum von 1983 bis 2021. Dargestellt sind ausschließlich Legislaturperioden mit N > 30 Reden mit Klimawandelbezug. Für die absolute Anzahl der Redebeiträge je Legislaturperiode siehe Abbildung 1. Grundlage ist eine Auswertung des GermaParl-Korpus (Blaette 2017).



Um Verzerrungen der Ergebnisse durch metaphorische Verwendungen des Klimabegriffs zu vermeiden, wurden für alle weiteren Analysen nur noch Redebeiträge ab der 10. Legislaturperiode berücksichtigt.

Hinsichtlich der Frage, von welchen Parteien diese Redebeiträge stammen (Abb. 2), zeigt sich in der 10. Legislaturperiode zunächst eine Dominanz der CDU/CSU (56 %), gefolgt von der SPD (30 %) und geringen Anteilen von FDP (9 %) und Grünen (5 %). In den darauffolgenden Legislaturperioden von 1987 bis 1998 verteilen sich die Beiträge zu etwa jeweils einem Drittel auf CDU/CSU und SPD, während das verbleibende Drittel der kleineren Parteien von den Grünen dominiert wird. Ab der 14. Legislaturperiode verschiebt sich dieses Bild: Während der Anteil der SPD bei etwa einem Drittel bleibt, sinkt der Anteil der CDU/CSU auf rund ein Fünftel und der Anteil der Grünen steigt deutlich (BT14: 31 %, BT15: 39 %). Ab der 16. Legislaturperiode verteilen sich die Anteile weiter über mehrere Parteien: CDU/CSU, SPD und Grüne stellen ab 2005 jeweils etwa ein Viertel der Redebeiträge und Die Linke etabliert sich mit kontinuierlich zweistelligen Anteilen. In der 19. Legislaturperiode kommt mit der AfD eine weitere Fraktion hinzu und hat einen Anteil von etwa 10 % an Redebeiträgen mit Klimabezug. Demgegenüber ist die FDP in allen Legislaturperioden vergleichsweise selten vertreten und erreicht meist nur einstellige Anteile.

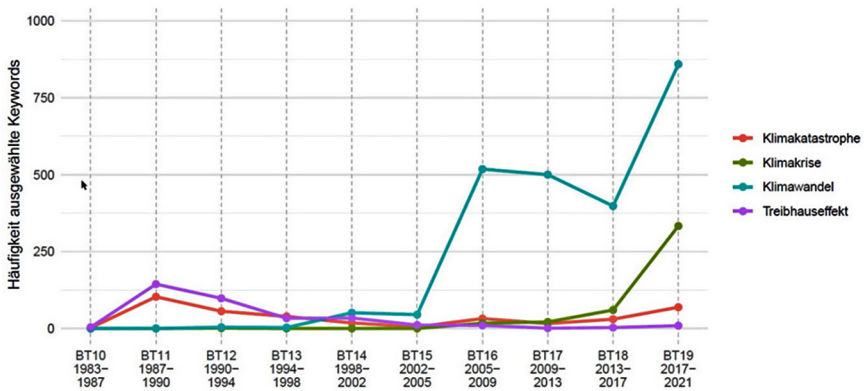
Abbildung 3: Differenz (Δ) zwischen dem prozentualen Anteil an allen Reden mit Klimawandelbezug einer Partei (vgl. Abb. 2) und ihrem Sitzanteil im Deutschen Bundestag nach Legislaturperioden (BT) im Zeitraum von 1983 bis 2021. Positive Werte zeigen, dass der Klimawandel von einer Partei relativ häufiger thematisiert wird, als es ihrem Sitzanteil entspricht; negative Werte deuten auf eine relativ geringere Präsenz hin. Dargestellt sind ausschließlich Legislaturperioden mit $N > 30$ Reden mit Klimawandelbezug. Für die absolute Anzahl der Redebeiträge je Legislaturperiode siehe Abbildung 1. Grundlage sind eine Auswertung des GermaParl-Korpus (Blaette 2017) sowie die Sitzverteilung im Bundestag jeweils nach der Wahl.



Werden die Redeanteile im Verhältnis zur Fraktionsstärke betrachtet (Abb. 3), zeigt sich ein gegenläufiges Muster bei CDU/CSU und Grünen. Nach einer anfänglichen Überrepräsentation in der 10. Legislaturperiode liegen die Redeanteile der CDU/CSU in allen folgenden Legislaturperioden unterhalb ihrer Fraktionsstärke. Die Grünen sind dagegen

ab der 11. Legislaturperiode relativ zu ihrer Fraktionsstärke durchgängig stärker vertreten, mit einem Höhepunkt in den Legislaturperioden 14 und 15. Bei den übrigen Parteien fallen die Abweichungen weniger stark aus und bleiben über die Zeit vergleichsweise stabil: Bei SPD und FDP liegen die Redeanteile im Verhältnis zur Fraktionsstärke meist darunter, bei der Linken eher etwas darüber. Als in der 19. Legislaturperiode die AfD als neue Fraktion hinzukommt, liegt auch ihr Anteil leicht unter dem Sitzgewicht.

Abbildung 4: Ausgewählte Begriffe in Redebeiträgen mit Klimawandelbezug im Deutschen Bundestag nach Legislaturperioden (BT) im Zeitraum von 1983 bis 2021. Dargestellt sind ausschließlich Legislaturperioden mit $N > 30$ Reden mit Klimawandelbezug. Grundlage ist eine Stichwortsuche im GermaParl-Korpus (Blaette 2017).



Die Abbildung 4 zeigt auf, welche Begriffe in Redebeiträgen mit Klimabezug genutzt werden, um den anthropogenen Klimawandel zu bezeichnen. Dargestellt werden hierbei die vier Begriffe, die absolut gesehen am häufigsten vorkommen. Es fällt auf, dass bereits in frühen parlamentarischen Debatten zum Thema (BT11) sowie auch im weiteren Zeitverlauf sowohl sachlich-neutrale (Treibhauseffekt, Klimawandel) als auch wertgeladene Begriffe (Klimakatastrophe, Klimakrise) Verwendung finden: In den Legislaturperioden 11 und 12 sind dies die Begriffe »Treibhauseffekt« und »Klimakatastrophe«. Im weiteren Zeitverlauf verliert der Begriff »Treibhauseffekt« zunehmend an Bedeutung und wird spätestens ab der Legislaturperiode 15 kaum noch genutzt. Ab der 16. Legislaturperiode dominiert eindeutig der Begriff »Klimawandel« den parlamentarischen Diskurs. Als wertgeladene Begriffe stehen diesem die Bezeichnungen »Klimakatastrophe« und vor allem »Klimakrise« gegenüber.

Die Abbildung 5 stellt dar, wie häufig die unterschiedlichen Parteien in ihren Redebeiträgen von den vier ausgewählten Begriffen Gebrauch machen. Dabei zeigt sich, dass fast alle Parteien vorrangig den neutralen Begriff »Klimawandel« nutzen. Dieser wird über die verschiedenen Parteien hinweg in etwa 75 Prozent aller Redebeiträge verwendet. Eine Ausnahme hiervon bilden die Grünen, die deutlich häufiger wertgeladene Begriffe in ihren Reden nutzen. Hier sticht insbesondere die Verwendung des Begriffs »Klimakrise« hervor, der in gut einem Drittel der Redebeiträge der Grünen zu finden ist. Keine

andere Partei greift so häufig wie die Grünen auf diesen Begriff zurück (Grüne: 35 % vs. AfD: 6 %; CDU/CSU: 3 %; FDP: 3 %; LINKE/PDS: 9 %, SPD: 4 %).

Abbildung 5: Relativer Anteil ausgewählter Begriffe (%) pro Partei an allen Reden mit Klimawandelbezug im Zeitraum von 1983 bis 2021. Grundlage ist eine Auswertung des GermaParl-Korpus (Blaette 2017).

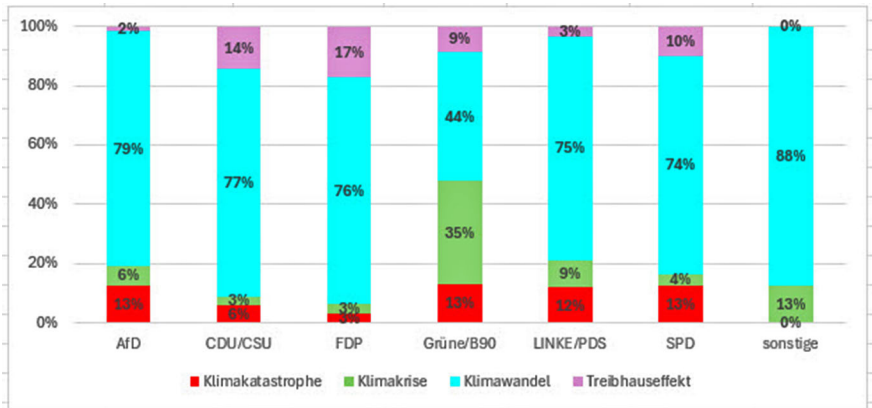
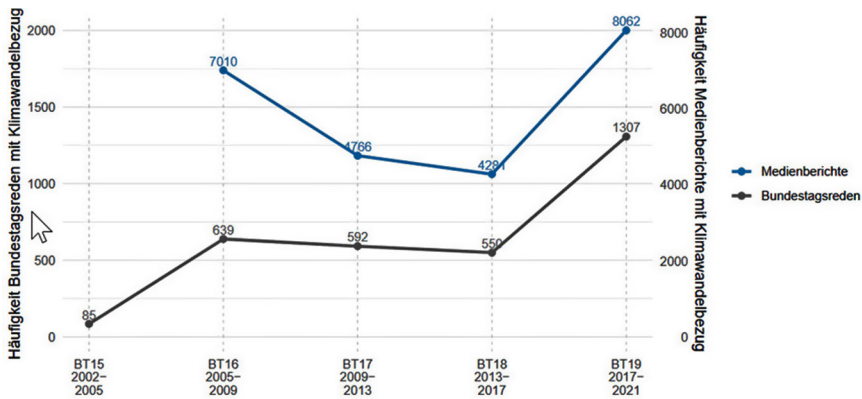


Abbildung 6: Gegenüberstellung der Anzahl von Redebeiträgen mit Klimawandelbezug im Deutschen Bundestag nach Legislaturperioden (BT) und der Anzahl von Nachrichtenbeiträgen über den Klimawandel in deutschen Tageszeitungen im Zeitraum von 2002 bis 2021. Grundlagen sind eine Stichwortsuche im GermaParl-Korpus (Blaette 2017) sowie der Datensatz zur deutschen Nachrichtenberichterstattung der Media and Climate Change Observatory Data (Boykoff et al. 2025).



Abschließend haben wir die Thematisierung des Klimawandels in parlamentarischen Debatten der Berichterstattung über das Thema in deutschen Medien gegenübergestellt (Abb. 6). Für den Vergleich wurde auf den Datensatz zur deutschen Nachrichtenberichterstattung des Projekts *Media and Climate Change Observatory Data* von

Boykoff et al. (2025) zurückgegriffen. Für Deutschland trackt das Projekt seit 2004 monatlich die Berichterstattung zu den Themen »Klimawandel« und »Globale Erwärmung« in den Tageszeitungen *Süddeutsche Zeitung* und *Die Tageszeitung*. Um die Häufigkeiten vergleichbar zu machen, wurden die monatlichen Häufigkeiten entsprechend der Legislaturperioden aufsummiert. Als offizieller Beginn einer neuen Legislaturperiode wurde dabei der Monat genommen, in dem die Konstituierung des neuen Bundestags stattfand. Berücksichtigt wurde die Entwicklung ab der 16. Legislaturperiode, da diese die erste Legislaturperiode darstellt, die durch den Datensatz zur Medienberichterstattung vollständig abgedeckt wurde. Im Vergleich der Entwicklung der Thematisierung des Klimawandels in parlamentarischen Debatten mit der Berichterstattung in führenden deutschen Nachrichtenmedien zeigen sich Parallelen. Nach einer ersten Hochphase der Berichterstattung über das Thema während der 16. Legislaturperiode, zeigt sich ein rückläufiger Trend in der Berichterstattung und eine Stagnation der parlamentarischen Debatten über das Thema. Dies ändert sich in der 19. Legislaturperiode, in der das sowohl in der Medienberichterstattung als auch im politischen Diskurs einen deutlichen Aufschwung erfährt.

7 Diskussion und Fazit

Ziel dieses Beitrages war es, die Präsenz und Entwicklung des Klimawandels in parlamentarischen Debatten der Bundesrepublik Deutschland seit 1949 zu untersuchen sowie den Anteil verschiedener Parteien an diesen Diskursen zu ermitteln. Die Ergebnisse zeigen, dass sich bis Ende der 1970er Jahre keine inhaltliche Auseinandersetzung mit dem anthropogenen Klimawandel feststellen lässt. Erst ab den 1980er Jahren taucht das Thema zunächst in forschungspolitischen Kontexten auf, bevor es sich zu einem relevanten Politikfeld entwickelt. Auffällig ist dabei eine non-lineare Dynamik: Der Klimawandel wird nicht kontinuierlich, sondern in mehreren Schüben Gegenstand parlamentarischer Debatten. Diese Anstiege können klar mit medialen und gesellschaftlichen Entwicklungen verknüpft werden. Der erste Schub Ende der 1980er Jahre fällt zusammen mit dem gesellschaftlichen Aufstieg der Umweltbewegung in Deutschland, ihrer politischen Etablierung durch den Einzug und die Wiederwahl der Grünen in den Bundestag sowie internationalen Ereignissen wie der Weltklimakonferenz in Toronto und der Gründung des IPCC. Der zweite deutliche Anstieg in den 2000er Jahren korrespondiert mit internationalen Aushandlungen rund um das Kyoto-Protokoll, der Veröffentlichung von *An Inconvenient Truth* (2006) und der Verleihung des Friedensnobelpreises an Al Gore und das IPCC im Jahr 2007. Der dritte und starke Schub in der 19. Legislaturperiode schließlich fällt zeitlich eng zusammen mit der gesellschaftlichen Mobilisierung durch die *Fridays for Future* Bewegung sowie intensive politische Auseinandersetzungen über Klimaschutzgesetze und die Energiewende. Zwischen diesen Phasen des Aufschwungs lassen aber auch Phasen identifizieren, in denen das Thema sowohl in den Medien als auch im parlamentarischen Diskurs weniger Beachtung findet. Besonders markant ist hierbei der Zeitraum von 2009 bis 2017, in dem sich ein deutlicher Rückgang der Medienberichterstattung und eine Stagnation in parlamentarischen Debatten über das Thema zeigt. Diese Entwicklung lässt sich mit der von Kerr (2009, 927) festgestellten »climate

fatigue« nach dem Scheitern der Klimaschutzkonferenz in Kopenhagen im Jahr 2009 in Verbindung bringen.

Im Hinblick auf die Analyse parteipolitischer Unterschiede zeigen sich im frühen Diskurs CDU/CSU und SPD als dominante Akteur*innen, ehe die Grünen mit einem kontinuierlich wachsenden Anteil den parlamentarischen Klimadiskurs prägen. Insbesondere in den Legislaturperioden 14 und 15 erreichten sie einen deutlichen Höhepunkt, der zusammenfällt mit ihrer Beteiligung in der rot-grünen Bundesregierung. In den Legislaturperioden ab 2005 kommt es mit der zunehmenden Politisierung auch zu einer Pluralisierung des Klimadiskurses, an dem alle Fraktionen beteiligt sind, in denen allerdings die FDP nur einen geringen Anteil hat. Im Verhältnis zur Fraktionsstärke zeigt sich zudem, dass insbesondere die CDU/CSU den Klimawandel vergleichsweise seltener thematisiert, während er bei den Grünen überdurchschnittlich häufig präsent ist.

Diese Ergebnisse lassen sich vornehmlich in drei Punkten mit zentralen Befunden des Forschungsstands verknüpfen. Erstens zeigt sich die Koppelung von Wissenschaft und Parlament ab Ende der 1970er Jahre, zunächst vor allem in wissenschaftspolitischen Debatten über die Finanzierung von Forschungsprogrammen. Damit war die parlamentarische Thematisierung nicht allein medial getrieben, sondern durchaus eine Reaktion auf wissenschaftliche Entwicklungen. Zweitens stützen die Analysen aber auch die Beobachtung, dass mediale und gesellschaftliche Ereignisse als Katalysatoren wirken. Wirklich Fahrt nimmt das Thema im Bundestag jeweils dann auf, wenn es auch in der öffentlichen und medialen Arena an Bedeutung gewinnt. Die identifizierten Schübe in den 1980er Jahren, Mitte der 2000er sowie in der 19. Legislaturperiode fallen zeitlich eng mit Phasen intensiver Berichterstattung, internationalen Klimakonferenzen und gesellschaftlicher Mobilisierung zusammen. Die parlamentarische Thematisierung verläuft also nicht kontinuierlich, sondern episodisch und stark durch externe Impulse strukturiert (vgl. Rhomberg 2012). Drittens zeigt sich in parteipolitischer Hinsicht mit Blick auf die Redeanteile die bereits beobachtete Issue Ownership der Grünen (Heiberger und Koss 2017; Debus und Himmelrath 2022). Jedoch war das Thema nie exklusiv bei einer Partei verortet. Das frühe Agenda Setting erfolgte maßgeblich eher durch die großen Regierungs- und Oppositionsfraktionen CDU/CSU und SPD. Erst in der Folge etablierten sich die Grünen mit überproportionalen Anteilen, insbesondere während ihrer Regierungsbeteiligung. Ab den 2000er Jahren kommt es zu einer zunehmenden Pluralisierung, bei der schließlich alle Parteien an den Debatten beteiligt sind. Allerdings fallen Unterschiede auf, wie die verschiedenen Parteien über den Klimawandel sprechen und welche Begriffe sie verwenden, um das Thema zu adressieren. Es fällt auf, dass mit Ausnahme der Grünen alle anderen Parteien vorrangig neutrale Begriffe verwenden, während die Grünen deutlich häufiger von einer Klimakrise sprechen. Im Zusammenhang mit der beobachteten Issue Ownership könnte dies ein erster Hinweis darauf sein, dass die Grünen sehr viel stärker als alle anderen Parteien auf die Konkretisierung von Maßnahmen gegen den Klimawandel und auf die Dringlichkeit deren Umsetzung pochen.

Diese Studie weist jedoch auch einige Limitationen auf, die bei der Einordnung der Ergebnisse berücksichtigt werden müssen. Zunächst beruht die Identifikation der klimabezogenen Reden auf einer Stichwortsuche, die nicht garantiert, dass tatsächlich alle relevanten Beiträge erfasst wurden. Die metaphorischen Verwendungen des Klimabegriffs in den frühen Jahren der Bundesrepublik zeigen, dass auch Fehltreffer mög-

lich sind. Allerdings sind die in dieser Studie beobachteten Dynamiken im Kontext bereits bekannter Befunde aus Inhaltsanalysen von Massenmedien und Parlamentsdebatten sehr plausibel. Weiterhin muss für die Relation von Redeanteilen zur Fraktionsstärke berücksichtigt werden, dass die Verteilung von Redebeiträgen in der parlamentarischen Praxis nicht allein von der Fraktionsgröße abhängt, sondern auch von Faktoren wie der Rolle einer Partei in Regierung oder Opposition oder der innerparteilichen Festlegung, wie viele Sprecher*innen sich an einer Debatte beteiligen. Die hier vorgenommene Gegenüberstellung liefert daher eher eine Orientierung statt einer exakten Messgröße für das relative Engagement einzelner Parteien. Ferner erfasst diese Analyse nur Plenardebatten, d.h. Ausschlussdiskussionen oder schriftliche Anfragen bleiben unberücksichtigt. Das Thema kann daher bereits früher in der parlamentarischen Arbeit aufgetreten sein. Zugleich ist gerade der Einzug ins Plenum ein Kriterium politischer Relevanz, weil dort öffentliche Positionierungen sichtbar werden. Schließlich bleibt aus den Analysen unklar, im Kontext welcher anderen Themen über den Klimawandel debattiert wird. Denkbar ist eine verstärkte Thematisierung des Klimawandels unter anderem im Kontext des Atomausstiegs, der Energiewende und ihrer Umsetzung sowie im Kontext der Energiekrise ausgelöst durch den russischen Angriffskrieg in der Ukraine. Da außerdem keine Valenzen der Redebeiträge ermittelt wurden, bleibt nicht zuletzt auch unklar, wie sich die verschiedenen Parteien zum Klimawandel positionieren. Hierzu könnten beispielsweise Co-Occurance- und Sentiment-Analysen im Rahmen von künftigen Forschungsprojekten zu tiefergehenden Einsichten führen.

Zusammenfassend stützt und erweitert diese Analyse die bisherige Forschung, indem sie die langfristige Entwicklung sichtbar macht: Der Klimawandel wurde nicht kontinuierlich, sondern in mehreren Schüben parlamentarisch etabliert. Aus einem Randthema zu Beginn der 1980er Jahre entwickelte sich über die 2000er Jahren hinweg ein parteienübergreifendes Politikfeld, dessen Dynamik wie auch die Beteiligung der Parteien eng mit wissenschaftlichen, medialen und gesellschaftlichen Impulsen verknüpft sind.

8 Literatur

- Agyemang, Jasmin. »Wer gegen Atomkraft ist, ist gegen Klimaschutz«: Eine Argumentationsanalyse der Debatte zur Laufzeitverlängerung der Atomkraft im Deutschen Bundestag. « *Exploring Eco-Discourses. Perspektiven – Ansätze – Methoden*, hg. von Johanna Freudenberg, Lisa Rhein und Niklas Simon, TUPrints, 2024, S. 8–36.
- Arrhenius, Svante. »XXXI. On the influence of carbonic acid in the air upon the temperature of the ground.« *The London, Edinburgh, and Dublin Philosophical Magazine and Journal of Science*, Bd. 41, Nr. 251, 1896, S. 237–276. doi:10.1080/14786449608620846.
- Blaette, Andreas. »GermaParl. Corpus of Plenary Protocols of the German Bundestag« [Dataset]. *PolMine*, 2017, github.com/PolMine/GermaParlTEI, abgerufen am 23. September 2025.
- Boykoff, Maxwell T., Ami Nacu-Schmidt, Olivia Pearman und Lucy McAllister. *German Newspaper Coverage of Climate Change or Global Warming, 2004–2025*. University of Colorado, 2025. doi:10.25810/rxtv-eb29.92.

- Boykoff, Maxwell T. und Jules M. Boykoff. »Balance as bias: global warming and the US prestige press.« *Global Environmental Change*, Bd. 14, Nr. 2, 2004, S. 125–136, doi:10.1016/j.gloenvcha.2003.10.001.
- Brüggemann, Michael, Irene Neverla, Imke Hoppe und Stefanie Walter. »Klimawandel in den Medien.« *Hamburger Klimabericht. Wissen über Klima, Klimawandel und Auswirkungen in Hamburg und Norddeutschland*, hg. von Hans von Storch, Insa Meinke und Martin Claußen, Springer Spektrum, 2018, S. 243–254.
- Brüggemann, Michael und Sven Engesser. »Between Consensus and Denial: Climate Journalists as Interpretive Community.« *Science Communication*, Bd. 36, Nr. 4, 2014, S. 399–427. doi:10.1177/1075547014533662.
- Brüggemann, Michael und Sven Engesser. »Beyond False Balance: How Interpretive Journalism Shapes Media Coverage of Climate Change.« *Global Environmental Change*, Bd. 42, 2017, S. 58–67. doi:10.1016/j.gloenvcha.2016.11.004.
- Budyko, Mikhail Iwanowitsch. »The Future Climate.« *Eos*, Bd. 53, Nr. 10, 1972, S. 868–874.
- Callendar, Guy Stewart. »The Artificial Production of Carbon Dioxide and its Influence on Temperature.« *Quarterly Journal of the Royal Meteorological Society*, Bd. 64, Nr. 275, 1938, S. 223–240. doi:10.1002/qj.49706427503.
- Carleton, Tamma A. und Solomon M. Hsiang. »Social and economic impacts of climate.« *Science*, Bd. 353, Nr. 6304, 2016, aad9837-1-aad9837-15. doi:10.1126/science.aad9837.
- Chen, Kaiping, Amanda L. Molder, Zening Duan, Shelley Boulianne, Christopher Eckart, Prince Mallari und Diyi Yang »How Climate Movement Actors and News Media Frame Climate Change and Strike: Evidence from Analyzing Twitter and News Media Discourse from 2018 to 2021.« *The International Journal of Press/Politics*, Bd. 28, Nr. 2, 2023, S. 384–413. doi:10.1177/19401612221106405.
- Coenen, Reinhard. »Die internationale Klimapolitik und die Klimarahmenkonvention.« *Risiko Klima: Der Treibhauseffekt als Herausforderung für Wissenschaft und Politik*, hg. von Jürgen Kopfmüller und Reinhard Coenen, Campus, 1997, S. 159–199.
- Debus, Marc und Noam Himmelrath. »Advocates of climate action? The age of members of parliament and their activity in legislative debates on climate change.« *Climate Action*, Bd. 1, Nr. 1, 2022, S. 2–13. doi:10.1007/s44168-022-00017-2.
- Feldman, Lauren, P. Sol Hart und Tijana Milosevic. »Polarizing News? Representations of Threat and Efficacy in Leading US Newspapers' Coverage of Climate Change.« *Public Understanding of Science*, Bd. 26, Nr. 4, 2017, S. 481–497. doi:10.1177/0963662515595348.
- Flohn, Hermann. »Die Tätigkeit des Menschen als Klimafaktor.« *Zeitschrift für Erdkunde*, Bd. 9, 1–2, 1941, S. 13–22.
- Forchtner, Bernhard und Balša Lubarda. »Scepticisms and beyond? A comprehensive portrait of climate change communication by the far right in the European Parliament.« *Environmental Politics*, Bd. 32, Nr. 1, 2023, S. 43–68. doi:10.1080/09644016.2022.2048556.
- Grittmann, Elke. »Visuelle Konstruktionen von Klima und Klimawandel in den Medien. Ein Forschungsüberblick.« *Das Medien-Klima*, hg. von Irene Neverla und Mike S. Schäfer, Springer VS, 2012, S. 171–196.
- Hase, Valerie, Daniela Mahl, Mike S. Schäfer und Tobias R. Keller. »Climate change in news media across the globe: An automated analysis of issue attention and themes in

- climate change coverage in 10 countries (2006–2018).« *Global Environmental Change*, Bd. 70, 2021, S. 102353. doi:10.1016/j.gloenvcha.2021.102353.
- Hwang, Kyotaek, Maxwell T. Boykoff, Lucy McAllister, Isidro Jiménez Gómez, Jari Lyytimäki, Jeremiah Osbourne-Gowey, Gabi Mocatta, Olivia Pearman, Amy Rawn, Anne Gammelgaard Ballantyne, Ami Nacu-Schmidt, Catherine Burns, Rogelio Fernández-Reyes, Midori Aoyagi, Meaghan Daly, Erkki Mervaata, Anne Hege Simonsen, Ester Appelgren, Kristina Riegert, Lars Kjerulf Petersen, Patrick Chandler, Kyungsun Lee, Andreas Ytterstad, Yumiko Hayakawa und Erin Hawley. x, 2004–2025. 2025. doi:10.25810/4c3b-b819.92
- Heiberger, Raphael H. und Christian Koss. »Computerlinguistische Textanalyse und Debatten im Parlament.« *Soziologie der Parlamente: Neue Wege der Politischen Institutionenforschung*, hg. von Jenni Brichzin, Damien Krichewsky, Leopold Ringel und Jan Schank, Springer VS, 2017, S. 391–418.
- Holt, Diane und Ralf Barkemeyer. »Media Coverage of Sustainable Development Issues – Attention Cycles or Punctuated Equilibrium?« *Sustainable Development*, Bd. 20, Nr. 1, 2012, S. 1–17. doi:10.1002/sd.460.
- Intergovernmental Panel on Climate Change (IPCC). *Climate Change 2023: Synthesis Report. Contribution of Working Groups I, II and III to the Sixth Assessment Report of the Intergovernmental Panel on Climate Change*. IPCC, Geneva, 35–115. doi:10.59327/IPCC/AR6-978929169164.
- Keeling, Charles D. »The Concentration and Isotopic Abundances of Carbon Dioxide in the Atmosphere.« *Tellus*, Bd. 12, Nr. 2, 1960, S. 200–203. doi:10.3402/tellusa.v12i2.9366.
- Kerr, Richard A. »Climate Change. Amid Worrisome Signs of Warming, »Climate Fatigue« Sets In.« *Science*, Bd. 326, Nr. 5955, 2009, S. 926–928. doi:10.1126/science.326.5955.926.
- Kleber, Arno und Jana Richter-Krautz. *Klimawandel FAQs – Fake News erkennen, Argumente verstehen, qualitativ antworten*. Springer, 2022.
- Müller Gjesdal, Anje und Gisle Andersen. »Changing concepts of greenhouse gas expressions: Discursive specialization in parliamentary discourses on climate change.« *Discourse & Society*, Bd. 34, Nr. 4, 2023, S. 429–444. doi:10.1177/09579265221145394.
- Neverla, Irene und Mike S. Schäfer. *Das Medien-Klima*. Springer VS, 2012.
- Plass, Gilbert N. »The Carbon Dioxide Theory of Climatic Change.« *Tellus*, Bd. 8, Nr. 2, 1956, S. 140–154.
- Revelle, Roger und Hans E. Suess. »Carbon Dioxide Exchange Between Atmosphere and Ocean and the Question of an Increase of Atmospheric CO₂ during the Past Decades.« *Tellus*, Bd. 9, Nr. 1, 1957, S. 18–27. doi:10.1111/j.2153-3490.1957.tb01849.x.
- Rhomberg, Markus. »Wissenschaftliche und politische Akteure in der Klimadebatte.« *Das Medien-Klima*, hg. von Irene Neverla und Mike S. Schäfer, Springer VS, 2012, S. 29–45.
- Sakellari, Maria. »Media coverage of climate change induced migration: Implications for meaningful media discourse.« *Global Media and Communication*, Bd. 18, Nr. 1, 2022, S. 67–89. doi:10.1177/17427665211064974.
- Santarius, Tilman. »Klimawandel und globale Gerechtigkeit.« *Aus Politik und Zeitgeschichte*, Bd. 57, Nr. 24, 2007, S. 18–24.

- Schäfer, Mike S., Ana Ivanova und Andreas Schmidt. »What Drives Media Attention for Climate Change? Explaining Issue Attention in Australian, German and Indian Print Media from 1996 to 2010.« *International Communication Gazette*, Bd. 76, Nr. 2, 2014, S. 152–176. doi:10.1177/1748048513504169.
- Schmidt, Andreas, Ana Ivanova und Mike S. Schäfer. »Media Attention for Climate Change Around the World: A Comparative Analysis of Newspaper Coverage in 27 Countries.« *Global Environmental Change*, Bd. 23, Nr. 5, 2013, S. 1233–1248. doi:10.1016/j.gloenvcha.2013.07.020.
- Stecula, Dominik A. und Eric Merkley. »Framing Climate Change: Economics, Ideology, and Uncertainty in American News Media Content From 1988 to 2014.« *Frontiers in Communication*, Bd. 4, 2019, S. 1–15. doi:10.3389/fcomm.2019.00006.
- Tyndall, John. »The Bakerian Lecture: On the Absorption and Radiation of Heat by Gases and Vapours, and on the Physical Connexion of Radiation, Absorption, and Conduction.« *Philosophical Transactions of the Royal Society of London*, Bd. 151, 1861, S. 1–36.
- United Nations. Paris Agreement, 2015, http://www.unfccc.int/sites/default/files/english_paris_agreement.pdf, abgerufen am 23. September 2025.
- United Nations Environment Programme (UNEP). Emissions Gap Report 2024: *No more hot air ... please! With a massive gap between rhetoric and reality, countries draft new climate commitments*. 2024, wedocs.unep.org/handle/20.500.11822/46404, abgerufen am 22. September 2025.
- Willis, Rebecca. »Taming the Climate? Corpus analysis of politicians' speech on climate change.« *Environmental Politics*, Bd. 26, Nr. 2, 2017, S. 212–231. doi:10.1080/09644016.2016.1274504.
- Willis, Rebecca. »How Members of Parliament understand and respond to climate change.« *The Sociological Review*, Bd. 66, Nr. 3, 2018, S. 475–491. doi:10.1177/0038026117731658.